

Geldwerter Vorteil

Die demografischen Probleme haben Deutschlands Politiker jahrelang verschlafen. Sie sollten aufpassen, dass ihnen das Gleiche nicht bei der Bildung passiert **VON STEFAN BERGHEIM**

Der hinter uns liegende Wahlkampf hat gezeigt, dass ein gravierendes Problem der deutschen Volkswirtschaft erkannt wurde, ein anderes aber nach wie vor vernachlässigt wird. Erkannt hat Deutschland, dass der jahrzehntelang sinkende Arbeitseinsatz eine der wichtigsten Ursachen für die Wachstumschwäche ist – und dass die Politik für die Anreize auf dem Arbeitsmarkt mit zuständig ist. In den vergangenen 20 Jahren ist die Zahl der gearbeiteten Stunden pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren in Deutschland um 200 auf 930 gesunken; dagegen stagnierte sie im OECD-Durchschnitt nahe 1100 Stunden. Die meisten Parteien wollen diesen Abwärtstrend stoppen oder sogar umkehren, was ein wichtiger Beitrag zu einem höheren Potenzialwachstum in Deutschland wäre.

Allerdings vernachlässigt die Diskussion nach wie vor, dass das deutsche Humankapital stagniert. Das ist der zweite wichtige Grund für die niedrigen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den letzten Jahren. Schließlich hängt das durchschnittliche Einkommen der Menschen eines Landes nicht nur vom Arbeitseinsatz pro Person ab, sondern auch davon, wie klug sie sind. Mit einem höheren Humankapital können sie effizienter arbeiten, neue Ideen leichter anwenden und sind selbst innovativer. Somit hebt ein höheres Hu-

mankapital die Produktion pro eingesetzter Arbeitsstunde: Die Arbeitsproduktivität steigt.

Für Volkswirtschaften gilt somit das Gleiche wie für Individuen: Wer besser ausgebildet ist, erzielt ein höheres Einkommen. Ausbildung ist somit eine Investition in zukünftiges Einkommen. Da die Bildungserträge dem Einzelnen zukommen, sollte er auch einen Großteil der Investition bezahlen. Dies gilt insbesondere für das Hochschulstudium, wo Studiengebühren die logische Konsequenz sind. Statt das Studium kostenlos anzubieten, sollte der Staat – ähnlich wie in den USA – einen Markt für Studienkredite fördern. Und er sollte darauf achten, bildungsbedingte Einkommensgewinne nicht durch ein allzu progressives Steuersystem zu bestrafen. Im Gegenteil: Er sollte klar machen, dass er für Bildungsversäumnisse des Einzelnen nicht mit hohen Transferzahlungen einspringt.

Das deutsche Humankapital stagniert seit einigen Jahren, und es gibt keine Anzeichen für eine Trendwende: Die durchschnittliche Zahl der Ausbildungsjahre pro Kopf der Bevölkerung liegt stabil bei etwa 13,5 Jahren. Diese Ausbildungsjahre sind momentan die beste verfügbare Näherung für die Höhe des Humankapitals. Andere, kostenbasierte

Maße bestätigen die Diagnose der Stagnation ebenso wie die Daten zu Absolventenquoten, Bildungsausgaben und Schulabbrechern. Heute absolviert ein ebenso niedriger Anteil junger Menschen ein Hochschulstudium wie vor 30 Jahren. Somit haben die neu ins Arbeitsleben Eintretenden kein höheres Ausbildungsniveau als die demnächst Ausscheidenden. Die privaten und staatlichen Ausgaben für Bildung betragen im Jahr 2001 in Deutschland lediglich 5,3 Prozent des BIPs – eine der niedrigsten Quoten in den OECD-Ländern.

Das deutsche Humankapital stagniert – das hemmt das Wirtschaftswachstum

Gestiegen ist dagegen die Quote der Schulabbrecher: auf neun Prozent 2003. Dies ist eine katastrophale Entwicklung angesichts der Tatsache, dass viele der 2,4 Milliarden Inder und Chinesen – und die Menschen in den anderen Schwellenländern – den Druck auf die Anbieter dieser niedrig qualifizierten Arbeit immer weiter steigen lassen. Wenn der Druck aus dem Ausland kräftig steigt, die Qualifikation stagniert und die Marktlöhne der niedrig Qualifizierten nur wenig sinken, ist steigende Arbeitslosigkeit die logische Konsequenz.

Die Bildungspolitik hat bisher keinen großen Beitrag zur Lösung dieser Probleme geleistet. Wichtig und wachstumsfördernd wäre ein kräftiger Anstieg der Absol-

ventenquoten und damit langfristig der durchschnittlichen Zahl der Ausbildungsjahre. Hierfür wären ein Rückgang der Schulabbrecherquote und ein höherer Abiturientenanteil notwendig. Im OECD-Durchschnitt machen heute knapp 60 Prozent eines Jahrgangs Abitur, während es in Deutschland nur 35 Prozent sind. Auch die Hochschulabsolventenquote müsste kräftig steigen. In den USA und in Spanien machen heute 40 Prozent eines Jahrgangs einen Hochschulabschluss, in Deutschland nur 20 Prozent. Ein Anstieg darf natürlich nicht zu Lasten der Ausbildungsqualität gehen, was zusätzliche Ressourcen erfordert.

Ähnlich wie die demografischen Verwerfungen infolge der niedrigen Geburtenquoten seit Anfang der 70er Jahre wirken auch die Probleme im Bildungssektor erst mit erheblicher Verzögerung auf das Wirtschaftswachstum. Die heute fehlenden Abiturienten und jungen Ingenieure wurden entweder in den 70er und 80er Jahren nicht geboren oder in den 80er und 90er Jahren nicht zum Abitur und Hochschulstudium geführt. Diese langen Wirkungsverzögerungen helfen zu erklären, warum die Politik das Thema angesichts der kurzen Wahlperioden so lange vernachlässigt hat. Leider scheint sich daran auch 2005 wenig zu ändern.

STEFAN BERGHEIM ist Volkswirt bei Deutsche Bank Research.